Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 50 (1956)

Heft: 7

Artikel: Klarheit über die Ideologien : eine Grundbedingung für echten Frieden (Schluss)

Autor: Somerville, John

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140093

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Klarheit über die Ideologien:

*eine Grundbedingung für echten Frieden**

D. Aus dem dritten Kapitel: Sowjetideologie und Krieg

(Schluß)

Aber wie kann das Sowjetsystem beanspruchen, als Demokratie anerkannt zu werden, ehe es nicht ein Mehrparteiensystem einführt? Diese Frage scheint mir rhetorisch, weil wir sie nur unter uns stellen. Wenn wir die Russen fragen (wie ich das häufig tat), werden sie schnell zurückfragen: wie kann sich Amerika eine Demokratie nennen, ohne Rassengleichheit zu haben? Natürlich werden wir Amerikaner darauf antworten: wir arbeiten daran und machen Fortschritte. Aber seht doch, welche politische Freiheit wir schon haben und ihr nicht! Wir dürfen uns nicht wundern, wenn die Russen, die diesen Vorwurf oft hören, uns unsere Antwort von ihrem Standpunkt aus zurückgeben: wir beabsichtigen dies zu ändern, und wir machen Fortschritte. Aber seht doch, welche Freiheit unsere verschiedenen Rassen schon haben!

Vernünftigerweise sollte jedes System seine Demokratie vervollkommnen, und beide sollten voneinander lernen. Wir müssen bedenken, daß Demokratie eine Aufgabe ist, die langsam fortschreitet, heute noch im geschichtlichen Säuglingsalter steht und sich nicht am Ende, sondern am Anfang ihrer Laufbahn befindet. Aber wachsen muß sie.

Wir Amerikaner wie unsere europäischen Vorfahren begannen mit der Demokratie in der Regierung und im politischen Leben. Die Geburt und das Wachstum der Bürgerfreiheit und vor allem die Grundidee, daß Regierungen ihren Völkern verantwortlich sind, sind geschichtliche Leistungen, deren Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Sie dienten als Bahnkörper und Schienen, ohne welche die Lokomotive der Geschichte sich nicht hätte vorwärts bewegen können. Die Sowjetrussen dagegen hatten unter ganz andern Verhältnissen, noch dazu als Spätkömmlinge, die Demokratie von der sozialen Seite anzupacken und vor allem die Probleme des Lebensunterhalts für die Massen, der Gesundheitsfürsorge und des Bildungswesens zu lösen, außerdem den vielen verschiedenen Völkerstämmen zu ihrem Recht zu verhelfen.

Der Zustand des Landes, den sie vorfanden, ließ ihnen keine Wahl. Mutter Rußlands Leben hing an einem Faden. Hunger und Seuchen hatten ihren Körper erschöpft, Vorurteile und Aberglauben ihren Geist verdunkelt. Die Leistungen der kaum mehr als dreißigjährigen Sowjetregierung können in einem Satz zusammengefaßt werden: sie haben

* Vgl. Hefte 5 und 6, 1956, der «Neuen Wege».

dem russischen Volk mehr Freiheit von Hunger, Krankheit, Unwissenheit und Unbildung, von Rassenhaß und Unterdrückung seines weiblichen Teils gebracht, als es je vorher gekannt hat. Es wäre ein großer Irrtum, vor dieser gigantischen Großtat die Augen zu schließen, weil ihre Kosten gewaltig und ihre Methoden hart waren.

Nur halsstarrige Enggeistigkeit kann darauf bestehen, daß dies alles nichts mit Demokratie zu tun hat. Der Sowjetrusse ist nicht dem erprobten Wert des Mehrparteiensystems verschlossen. Doch ist er überzeugt, daß unter den Bedingungen, die er vorfand, die demokratischen Ziele nur durch die im Einparteiensystem vereinte Kräfteanspannung erreicht werden konnten.

Es wäre ein Kapitalirrtum, sich einzubilden, daß die Sowjets und die Nazi-Faschisten gleiche Ansichten über das Mehrparteiensystem hätten. Ich brauche mit Absicht die Worte «sich einbilden», um damit auszudrücken, daß jeder, der, wie ich, die Möglichkeit hatte, mit Vertretern beider Systeme zu sprechen, nicht solchem Wahn anheimfallen kann. Dem Nazi-Faschisten ist das Mehrparteiensystem eine Vergewaltigung der Naturgesetze, die unter keinen Umständen zulässig ist, wogegen die Sowjets es unter gewissen Umständen für wertvoll halten, unter andern nicht . . .

Die Russen sind weit davon entfernt, vollkommen zu sein und haben vielerlei Fehler. Einen Teil davon haben sie aus ihrer elenden Vergangenheit beibehalten, andere haben sich unter dem neuen System entwickelt. Was uns betrifft, so sollten wir vor allem zwei wesentliche Fehler vermeiden, wenn wir über andere politische Ideologien urteilen: Oberflächlichkeit und pharisäische Überheblichkeit (a holier-than-thou attitude).

Nichts ist so verhängnisvoll oberflächlich, wie die weitverbreitete Neigung, ein Urteil auf Namen, auf reine Terminologien zu stützen. Die Sowjetunion, zum Beispiel, nennt sich eine Diktatur des Proletariats. Daraus pflegt man allgemein den Schluß zu ziehen, daß ihr System das Gegenteil von Demokratie ist. Warum sollen wir uns die Mühe machen, zu untersuchen, was sie unter diesem Ausdruck versteht? Warum sollen wir nicht annehmen, daß sie dasselbe damit meint wie wir? Was brauchen wir ihre Einrichtungen und Regierungsweise zu studieren, wenn sie selbst ihr System eine Diktatur nennt? Genügt das nicht, es zu verdammen?

Es ist nicht schwer zu sehen, zu welchem Fehlurteil man gelangen würde, wenn man das amerikanische System so leichtfertig beurteilte. Machen wir die Probe und fragen zum Beispiel einen Japaner, was er über unser System denkt. Es liegt nahe, daß er uns in folgender Weise antworten wird: «Ihr Amerikaner habt zwei größere politische Parteien, eine Republikanische Partei und eine Demokratische Partei, die sich gegenseitig bekämpfen. Ich schließe daraus, daß ihre Gegensätze darin bestehen, daß die Republikaner für die Republik sind und die

Demokraten für die Demokratie. Daraus, daß die Republikaner in Opposition zu den Demokraten stehen, schließe ich, daß sie gegen Demokratie sind. Dadurch, daß umgekehrt die Demokraten in Opposition zu den Republikanern stehen, schließe ich, daß sie keine Republik wollen und wahrscheinlich eine konstitutionelle Monarchie wie in England erstreben, die demokratisch ist, ohne republikanisch zu sein. Anderseits müssen die Republikaner, da sie gegen die Demokratie sind, eine Art Nazi-Regierung im Sinn haben. Denn Nazi-Deutschland hatte eine republikanische Regierungsform mit antidemokratischen Grundsätzen.»

Wenn wir nun unserm Japaner antworten: «Halt, lieber Freund! Du ergehst dich in Spekulationen nach der Art von ‚Alice im Wunderland', die nichts mit der Wirklichkeit zu tun haben», würden wir dann nicht die Antwort bekommen (wie wir sie so oft geben, wenn die Russen gegen unser Falschverstehen ihrer Terminologie protestieren): «Aber wenn es anders gemeint ist, weshalb braucht ihr dann die Worte Republikaner und Demokrat? Ihr solltet andere Bezeichnungen wählen!» Wahrscheinlich sollten wir das (und die Russen auch!), aber das ändert nichts an der Sachlage. Tatsächlich geht es in der internationalen Politik fast so zu wie auf der «Tollen Teegesellschaft» (in «Alice im Wunderland»), wo Alice zu lernen hatte, daß man meinen kann, was man sagt, ohne es zu sagen, und ebenso, daß man sagen kann, was man meint, ohne es zu meinen. Aus diesem allem ergibt sich als Grundregel: Urteile niemals nach Terminologien!

Unser Japaner, enttäuscht darüber, daß die amerikanische politische Wirklichkeit so wenig dem Bild entspricht, das er sich nach sorgsamer Überlegung gemacht hatte, könnte in die Klage ausbrechen: «In Amerika tun sie nie, was sie sagen, und sagen sie nie, was sie tun. In diesem Lande ist alles zweideutig, mysteriös und rätselhaft.»

Sobald wir die Oberfläche verlassen und den Dingen auf den Grund gehen, werden wir gewahr, daß der Ausdruck «Diktatur des Proletariats» einen eigenen Sinn im marxistischen und sowjetrussischen Sprachgebrauch hat. Die nazi-faschistische Ideologie brauchte den Ausdruck «Diktatur», um damit das Gegenteil von Demokratie zu bezeichnen. Das hat mit zur Verwirrung beigetragen. Die Marxisten brauchten das Wort lange vorher in ganz anderem Sinne wie die Nazi-Faschisten.

Im russischen Wörterverzeichnis steht das Wort als gleichbedeutend mit dem Begriff des staatlichen Machtapparates, wie ihn jeder Staat, der Zuchthäuser, Gefängnisse, Polizei, Kriminalgerichte, Bürgerwehren, Armeen und dergleichen unterhält, nötig findet. Der Ausdruck ist nicht ganz unlogisch, denn ein solcher Apparat hat auf gesetzlichem Wege Zwang und das Diktieren physischer Gewalt anzuwenden. Wie es auch sei, ob wir diesen Ausdruck mögen oder nicht, sie gebrauchen ihn für jeden Staat, der solchen Machtapparat benutzt. Im Gegensatz

dazu macht der Nazi-Faschist den Unterschied, einige Staaten als Diktaturen zu bezeichnen, andere nicht . . .

Vom Standpunkt der Sowjets ist es nicht wesentlich, ob dieses oder jenes Land eine Diktatur genannt wird, da sie, wie gesagt, alle Staatengebilde als Diktatur ansehen. Wesentlich jedoch ist es für sie, im Interesse welcher Gruppe oder Gruppen der Macht- und Gewaltapparat des jeweiligen Staates funktioniert. Er arbeitet nach ihrer Ansicht in einem Staat, der Sklaven hält, im Interesse der Sklavenhalter, in einem Feudalstaat im Interesse des Erbadels, in einem kapitalistischen Staat im Interesse der Geldaristokratie, in ihrem Staat im Interesse der Arbeiter, des Proletariats.

Sie scheuen sich daher ebensowenig, einem Amerikaner geradeheraus zu sagen, daß ihre Diktatur des Proletariats eine Demokratie sei, wie ein Amerikaner keine Bedenken hat, einem Japaner zu sagen, daß seine Republikaner-Partei an Demokratie glaubt und seine Demokraten-Partei für das republikanische System eintritt. In russischen Augen ist unser Land eine kapitalistische Bourgeois-Demokratie, während sie das ihre eine sozialistische Demokratie nennen.

Natürlich wird ihr Land nicht dadurch eine Demokratie, daß sie es so nennen. Doch kann ihnen ein Recht dazu nicht abgesprochen werden, wenn wir an gewisse, bereits erwähnte Grundgesetze der Sowjets denken. Ich komme später ausführlicher darauf zurück. An dieser Stelle wollte ich nur zeigen, welche schwerwiegenden Mißverständnisse entstehen, wenn man ein System nach Terminologien beurteilt, ohne zu prüfen, was es unter ihnen versteht.

Inwieweit haben die Russen recht, ihr Land eine Demokratie zu nennen? Das ist schwer zu bestimmen. Bis heute gab und gibt es noch kein Land, das mit Recht als vollkommene Demokratie bezeichnet werden kann. Wir müssen uns damit begnügen, herauszufinden, bis zu welchem Grade ein Land sich eine Demokratie nennen kann. Großbritannien zum Beispiel hat großes Recht, sich eine Demokratie zu nennen, trotzdem es ein «House of Lords», eine Staatskirche und eine erbliche Monarchie hat, alles Einrichtungen, die von unserem Standpunkt aus als nicht demokratisch angesehen werden. Unser Land ist in mancher Hinsicht, wo die Sowjetunion versagt, stark demokratisch, und das Umgekehrte ist auch der Fall. Am Ende kommt es darauf heraus, daß jedes Land es nötig hat, sich demokratisch zu vervollkommnen . . .

Die Stärke einer Demokratie muß nach ihren demokratischen Leistungen und Versagern abgewogen werden. Die Sowjets haben vornehmlich auf dem Gebiet persönlicher Freiheit gesündigt, die Engländer in ihrer Kolonialpolitik, wir in unserer Rassenpolitik. Da wir allesamt Sünder sind, können wir der Sowjetunion wegen ihres Einparteiensystems nicht das Recht absprechen, sich eine Demokratie zu nennen . . . Sie sogar mit den antidemokratischen Systemen des deutschen

Nazismus und des italienischen Faschismus auf eine Stufe zu stellen, ihr damit jeden demokratischen Zug abzusprechen, muß zur Vergiftung der gegenseitigen Beziehungen und zu einer verkehrten Außenpolitik führen. Das ist leider bereits geschehen . . .

Bei uns herrscht die Meinung, daß in der UdSSR keine öffentliche und spontane Kritik an den Maßnahmen der Regierung gestattet ist. Das trifft zu, insofern es Kritik an den höheren und zentralen Behörden betrifft. Dagegen herrscht die Sitte, daß etwa jeden Monat Volksausschüsse in sogenannten Kritik- und Selbstkritiksitzungen zusammenkommen, um ihre *Lokal*behörden unter die Lupe zu nehmen und frei und ungehindert zu kritisieren. Arbeiter jeden Ranges und Grades nehmen an diesen Zusammenkünften teil. Während meines Aufenthaltes in der Sowjetunion erlebte ich wiederholt, daß Direktoren und Vorgesetzte scharf von den ihnen Untergeordneten kritisiert wurden. Sie nahmen dies im allgemeinen gut auf, suchten ihren Standpunkt zu erklären und Verbesserungsvorschläge zu machen. In der Presse und in den «Wandzeitungen» (eine allgemeine Einrichtung in sowjetischen Werkstätten aller Art) wird ebenfalls ein gut Teil Kritik an Lokalbeamten und Dienststellen sowie an öffentlichen Einrichtungen aller Art geübt.

Wie anders war dagegen das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und den ihnen Untergeordneten, das ich in Nazi-Deutschland vorfand! Dort arbeitete gemäß dem nationalsozialistischen Führerprinzip eine Art von Führer-Hierarchie in der Weise, daß jeder Führer nicht denen unter ihm verantwortlich war, sondern dem Führer über ihm. Die unter ihm hatten seinen Befehlen in mehr oder weniger militärischer Art Folge zu leisten, und er hatte den Befehlen derer über ihm zu gehorchen. Diese Haltung gibt es nicht unter Sowjetbürgern, wie es gleichfalls keine Kritik- und Selbstkritiksitzungen unter Nazis und Faschisten gab. Psychologisch war der Unterschied gleich dem zwischen Feudalaristokratie und «town-meeting»-Demokratie.

Zweifellos ist dieser Unterschied in der militärischen Tradition Deutschlands einerseits und in den traditionellen Dorfgebräuchen des vorrevolutionären Rußlands anderseits begründet.

Ich wohnte einer Sitzung von Kritik und Selbstkritik bei, die sich nirgendwo anders als im Sowjetmilieu ereignen konnte. Sie fand in den ehrwürdigen Hallen der Akademie der Wissenschaften in Moskau statt. Ich bemerkte, daß alle in dem betreffenden Forschungsinstitut Arbeitenden zur Stelle waren mit Einschluß der Büroangestellten und sogar des Pförtners und der Putzfrauen. Während der Besprechungen brachte u. a. die Bibliotheksekretärin die Klage vor, daß verschiedene Professoren und andere Akademiker ihre Arbeit unnötig erschwerten und daß sie es der Bibliothek gegenüber an Verantwortlichkeitsgefühl fehlen ließen. Zum Beispiel nehme einer der Professoren immer mehr Bücher mit nach Hause, als er lesen könne, und behielte sie über die

Ablauffrist bei sich. Außerdem schriebe er Randbemerkungen in die Bücher.

Einer der Anwesenden fragte, gegen wen sie ihre Beschwerde erhöbe, und sie nannte einen der Abteilungsdirektoren des Instituts, einen hochgewachsenen, bärtigen Mann. Der Vorsitzende fragte ihn, ob er etwas dazu zu sagen habe. Er wollte nicht recht zugeben, daß er sich vergangen habe. Gewiß, er habe Randbemerkungen in die Bücher geschrieben, aber das sei ein Teil der Forschungstechnik. Ich erinnere mich noch, wie er sich ausdrückte: «Zwar ein elementarer Teil, aber nichtsdestoweniger ein Teil.» Schallendes Gelächter war die Reaktion auf seine Bemerkung. Er war etwas bestürzt, aber er bestand auf seiner Ansicht.

«Ich kann beweisen», sagte er, «und ich kann Ihnen Beispiele zeigen, daß Marx und Engels das auch taten. Wir haben hier in der Bibliothek ihre Bücher mit Randbemerkungen in ihrer Handschrift.»

«Das stimmt», sagte die Sekretärin, «aber sie schrieben sie in ihre eigenen Bücher, während die Bücher, in die Sie sie schreiben, Staatseigentum sind.» Man gab ihr recht. Der Professor steckte den Tadel ein und versprach Besserung.

Dieser an sich geringfügige Vorfall ist doch bedeutsam, weil er die geistige Atmosphäre charakterisiert. Zu den andern, rein wirtschaftlichen Problemen, die bei solchen Sitzungen diskutiert werden, gehören Arbeitsquoten, Arbeitsdauer, Löhne, Beförderungen, Arbeitsmethoden und dergleichen.

In populären Diskussionen bei uns über die Sowjetunion wird viel von dem Wort «totalitär» Gebrauch gemacht. Es klingt technisch; aber weiß man, was damit gemeint ist? Ist die Sowjetunion ein totalitärer Staat? Klares Nachdenken über diese Frage ist dadurch erschwert, daß das Wort «totalitär» so selten definiert wird. Meistens wird es gebraucht, um ein Regime ideologisch mit dem Nazismus und Faschismus auf die gleiche Stufe zu stellen.

Manche sehen jede Regierung als totalitär an, die mehr in das Leben des einzelnen eingreift als etwa ein «laissez-faire»-System. Danach müßte jede sozialisierende Regierung totalitär genannt werden. Es taucht dabei die Frage auf: ist eine verstärkte Regierungsmacht durchaus und an sich etwas Schlechtes, und zwar in jeder Lage und unter allen Umständen? Die entschiedenste Bejahung dieser Frage wurde wohl von Lord Acton (englischer Historiker) gegeben mit den Worten: «Alle Macht bedeutet Verderbnis, und absolute Macht bedeutet absolute Verderbnis.»

Vielleicht tue ich Lord Acton unrecht, wenn ich ihm widerspreche. Aber ich war immer der Meinung, daß man auch das Gegenteil behaupten kann. Alle Macht kann zum Guten angewandt werden, und absolute Macht ist die Vorbedingung, um absolut Gutes tun zu können. Damit will ich nicht etwa sagen, daß ich die Sowjetunion als ein Muster

absoluter Güte ansehe oder daß ich der Ansicht bin, sie oder irgendeine andere Regierung hätte, was man absolute Macht nennen kann. Der gesunde Menschenverstand aber sagt uns, daß keine Regierung Gutes vollbringen kann, wenn sie nicht genügend Macht hat, der Hindernisse, die sich ihr entgegenstellen, Herr zu werden.

Wenn wir Wesen und Leistungen der Sowjetunion gerecht beurteilen wollen, müssen wir die Bedingungen kennen und in Betracht ziehen, unter denen sie zur Macht kam. Es waren nicht die gleichen, unter denen wir hier im friedlichen, reichen Amerika leben, sondern sie fand Hungersnot, Seuchen, Bürgerkrieg und den Einbruch feindlicher Heere vor, dazu ein unwissendes, abergläubisches Volk und die Feindseligkeit fremder Mächte in einem Ausmaß, wie wir es glücklicherweise nie gekannt haben. Diese Zustände bestanden lange fort nach dem Ende des Bürger- und Interventionskrieges.

Wie konnte dem Volk Erlösung von solchem Elend anders als durch Einsatz all der Macht, die allein der Regierung zur Verfügung stand, gebracht werden? Und sie brauchte sehr viel Macht, um diese über alle Begriffe riesenhafte Aufgabe zu bewältigen. Wie kann man ernstlich glauben, daß solche Aufgabe durch eine Art parlamentarischen Mehrparteiensystems mit einer liberalen «laissez-faire»-Zugabe gelöst werden könnte? Das mutet so an, als ob man etwa von Robinson Crusoe verlangt hätte, sich erst um eine Bauerlaubnis zu bemühen, bevor er mit dem Bau seiner Hütte beginne.

Wenn Verhältnisse und Ziele Machtanwendung durch die Sowjets rechtfertigten, so sagt das durchaus nicht, daß damit Macht, wie sie von Nazis und Faschisten angewandt wurde, zu rechtfertigen sei. Es kommt auf den Geist an, in dem Macht gebraucht wird, und auf die Art der Ideologie, der sie dient. Weder Nazis noch Faschisten haben jemals behauptet, daß sie ihre Macht für demokratische und menschlich-brüderliche Ziele gebrauchen wollten. Wie wir sahen, waren ihre Ziele ganz entgegengesetzter Art. Das soll aber wiederum nicht heißen, daß wir den Sowjets, in Anerkennung ihrer Lage, die Verantwortung für ihre Sünden und Verfehlungen abnehmen. Alle Regierungen sündigen mehr oder weniger gegen ihre eigenen Grundsätze, was nicht heißen soll, daß alle die gleichen Grundsätze haben*.

Wäre in Rußland nach dem Sturz des Zarenreiches ein faschistisches Regime zur Macht gekommen, so hätte sich unmöglich ein Gesellschaftssystem, wie es heute in Rußland besteht, entwickeln können. Die Ideologie des Faschismus ist nicht für Bildung der Volksmassen, Gleichstellung der Frauen, politische, soziale und wirtschaftliche Gleich-

---

* Hier liegt ein Hauptproblem. Aber was bedeutet «absolute Macht» in Menschenhand? Sie führt als Menschenmacht eben doch zur Tyrannei, wie die Geschichte nicht nur am russischen Kommunismus zeigt. Jesus und seine Worte weisen hier in eine ganz andere Richtung! *D. R.*

berechtigung der rassischen Minderheiten, noch für Sozialisierung von Grund und Boden und der Produktionsmittel.

Ein faschistisches Regime in Rußland würde im letzten Krieg nicht auf unserer Seite gestanden haben, sondern auf seiten seiner Blutsbrüder Hitler und Mussolini. Zum Glück für uns war die Sowjetideologie nicht der nazi-faschistischen gleich, sondern ihr entgegengesetzt.

Ebensowenig wie die unsere, verherrlicht die Sowjetideologie den Krieg. Darin stimmen beide überein. Für beide ist der Krieg an sich ein Übel, nicht ein hohes Gut, wie für die Nazi-Faschisten, wenn auch zugegeben wird, daß er manchmal ein notwendiges Übel sei. «Wir sind ein friedlich Volk», lautet der Refrain eines russischen Volksliedes, «aber unsere Streitwagen stehen bereit.» Doch niemals entwickelte sich militärischer Geist im Sowjetvolk, und ein Kult des Militarismus ist in der Sowjetarmee nicht zu finden.

Nach der Natur der Sache hat jede Armee das Bestreben, eine tüchtige Streitkraft zu sein. Aber es besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen militärischer Tüchtigkeit und kultischer Verehrung des Militarismus, der sich darin zeigt, wie die Betreffenden die Frage beantworten: «Was erscheint euch als das Höhere? Das Trachten nach Frieden oder das Trachten nach dem Krieg?» Die Sowjets haben diese Frage immer zugunsten des Friedens beantwortet, die Nazi-Faschisten zugunsten des Krieges.

Die Haltung eines Volkes zum Militär läßt sich korrekt nur in Friedenszeiten beurteilen, denn in Kriegszeiten entwickelt sich in allen Völkern eine abnorme Psychose. Als ich zuerst mehrere Jahre vor dem Kriege Soldaten der Roten Armee durch Moskau marschieren sah, schrieb ich darüber in mein Notizbuch, daß sie gar nicht wie Soldaten aussahen, sondern wie Bauernjungen, die irgendwo hingingen. Ihre Gesichter zeigten nicht den geringsten Stolz auf ihr Soldatentum und ihre Uniformen. Gewiß waren sie sehr stolz auf ihr Land und erwiesen sich später als ausgezeichnete, stahlharte Kämpfer, aber militärischer Kastenstolz war nicht ihre Sache. Wer durch die Sowjetunion reist, trifft viele Uniformierte, da dort das in Europa übliche System des mehrjährigen militärischen Dienstzwangs herrscht. Aber alle diese Soldaten erschienen mir wie unsere amerikanischen, die keine Soldaten «vom Fach» sind, sondern einfach Zivilisten, vorübergehend in Uniform.

Als solche wurden sie auch vom Publikum angesehen. Das «Bunte Tuch» erregte weder Furcht noch Ehrfurcht beim Sowjetvolk, ebensowenig wie bei uns. Marschierende Kolonnen oder herumschlendernde Offiziere erregten kein Aufsehen auf den Straßen. Selten blieb ein Vorübergehender stehen, um einen Blick auf sie zu werfen oder singenden Trupps zuzuhören. Die meisten gingen uninteressiert ihres Weges, ihren Geschäften nach . . .

Auf meiner Fahrt nach Deutschland machte ich in Polen Aufenthalt, das damals unter nazistischem Einfluß stand. Eines Tages sah ich in

Warschau eine Kompagnie Soldaten vorbeimarschieren und war begierig, sie mir näher anzusehen. In meiner ortsfremden Arglosigkeit ging ich an die nächste Ecke, um einen möglichst weiten Überblick zu haben. Doch wurde mir sofort zu verstehen gegeben, daß das etwas ganz Ungehöriges sei. Das Militär hat man mit scheuer Ehrfurcht anzusehen, nicht mit zwangsloser Vertraulichkeit. Das ist eine Beleidigung. Die Blicke der andern stumm Zuschauenden und besonders der Vorübergehenden ließen mich fühlen, daß ich mich etwa wie ein Clown bei einem Begräbnis betrage. Einige Offiziere, die, wie ich bemerkte, richtige Dolche trugen, warfen mir so wütende Blicke zu, daß ich mich schleunigst davonmachte. In Berlin beobachtete ich eine gleichartig militaristische Haltung.

Diese Bekundungen einer verschiedenen geistigen Einstellung zu einem gleichen Lebensfaktor sind an sich nicht von überwältigender Bedeutung, zeigen jedoch klar den charakteristischen Unterschied zwischen der Sowjet- und der nazi-faschistischen Ideologie.

Tatsächlich sind diese verschiedenen Einstellungen nicht von heute. Sie wurzeln in der Tradition der betreffenden Länder. Das Nazisystem trieb jedoch den seit Generationen eingepflanzten Kult alles Militärischen zu einem solchen Extrem, wie es selbst in Deutschland bisher noch nicht vorgekommen war. Nachdem das Sowjetregime sich gefestigt hatte, bemühte es sich in der entgegengesetzten Richtung. Der militärische Apparat, so lehrte man die Soldaten und das Volk, hat ein Diener der Volksgemeinschaft zu sein, und Waffengewalt hat nur ein Lebensrecht als Schutzvorkehrung für die Allgemeinheit.

In der Absicht, radikal mit dem militärischen Geist des Zarentums zu brechen, ging man sogar so weit, eine Zeitlang das Wort «Soldat» zu ächten. In der Frühzeit des Regimes führte das Bestreben, das Heer zu demokratisieren, zu dem Extrem, die Offiziere von den Mannschaften wählen zu lassen und den Offizieren zivile Kommissare zuzuteilen, um so eine Kontrolle des Militärs durch das Zivil zu gewährleisten. Diese Einrichtung hatte neben Vorteilen auch Nachteile.

Die Kameradschaftlichkeit zwischen Offizieren und Mannschaften ging wahrscheinlich in der Roten Armee weiter als in jeder andern Armee der Welt, und bis kurz vor dem Zweiten Weltkrieg wurden die Rangunterschiede, gleichsam als ob man sich ihrer schämte, kaum betont. Das änderte sich während des Krieges zwangsweise, und ein größeres Maß von Ehrerbietung, Disziplin und augenblicklichem Gehorsam mußte den Truppen beigebracht werden. Rang, Titel und Abzeichen gewannen an Bedeutung, und die politischen Kommissare verloren an Einfluß. Die Rote Armee führt heute den Namen Sowjetarmee.

Man irrt sich jedoch, wenn man annimmt, daß diese Änderungen einen Rückfall in den Militärgeist des Zarentums oder gar eine Annäherung an das nazi-faschistische System brachten. Der heutige Sowjetsoldat, dessen Allgemeinbildung durch den Militärdienst nicht

unterbrochen wird, steht auch heute in einem außergewöhnlich demokratischen Verhältnis zu seinen Vorgesetzten. Das spiegelt sich in neuzeitlichen Romanen und Novellen der Sowjetliteratur wieder.

Nach wie vor ist Marx' Lehre vom Klassenkampf (manchmal auch, besonders von Gegnern, Klassen*krieg* genannt) ein wesentlicher Teil der Sowjetideologie. Bei uns hat man allgemein große Furcht vor ihr, dafür um so weniger Kenntnis von ihr. Viele politische Schriftsteller stellen sich darunter Aufreizung zu blutiger Rebellion vor. Als gründlicher Kenner marxistischer und Sowjetliteratur muß ich wahrheitsgemäß feststellen, daß dies stark übertrieben ist. Jeder Amerikaner, der diese Literatur gleich mir studiert hat, wird mir zustimmen.

Marxisten pflegen vom Klassenkampf zu reden. Aber nicht einer von Hunderten, die deswegen nichts mit ihnen zu tun haben wollen, pflegt sich die Mühe zu machen, nachzulesen, was sie damit meinen. Gefühlsmäßig verbindet man mit dem Wort die Vorstellung von Rowdytum und gleichzeitig die Annahme, daß jeder, der ihn im Munde führt, ihn herbeiwünscht.

Das trifft nicht zu. Marx und Engels behaupteten entdeckt zu haben, daß ein Kampf zwischen den Klassen besteht und daß es Aufgabe der proletarischen Massen sei, ihn durch Bildung einer klassenlosen Gesellschaft zu beseitigen.

Natürlich hat jeder das Recht, anderer Meinung zu sein und zu bestreiten, daß ein Klassenkampf besteht. Oder er mag seine Existenz zugeben, aber Gegner einer klassenlosen Gesellschaft sein, oder gegen eine solche nach marxistischen Muster. Aber zu behaupten, daß Marxisten den Klassenkampf herbeiwünschen, weil sie ihn grundsätzlich gutheißen, das muß als Schreckbild einer furchterregten Phantasie gelten.

Aber, wird man sagen, sie befürworten doch die Revolution! Darauf ist zu antworten: wie Jefferson und Lincoln glauben sie, daß ein Volk grundsätzlich das Recht hat, eine Regierung mit Gewalt zu stürzen, die nicht gutwillig, dem Gesetz gemäß, dem Willen und den Forderungen der Majorität nachkommt. Marx und Engels betonten immer wieder in unmißverständlicher Weise, daß dieses Recht nur dann besteht, wenn der Mehrheitswille auf keine andere Weise durchzusetzen ist. Sie verdammten alle als unverantwortliche «Putschisten», die leichtfertig die Revolution befürworteten.

Es mag Leute geben, die auch Jefferson als zu radikal ansehen, der in seinem berühmten Brief an William S. Smith im Jahre 1787 in bezug auf die «Shay's Revolte»* schrieb: «Gäbe Gott, daß wir alle zwanzig Jahre solch eine Revolte hätten!» Marx war der Ansicht und sprach dies in einer wichtigen Rede im Jahre 1872 in Holland aus, daß . . . «in

* Aufstand im Staate Massachusetts 1786—1787 wegen zu hoher Steuern, angeführt von Daniel Shays.

einigen Ländern, wie zum Beispiel den Vereinigten Staaten und England, die Arbeiter Aussicht haben, ihre Ziele auf friedlichem Wege zu erreichen.» Als Grund für seine Vermutung sah er das Bestehen von Parlamenten und allgemeinen Wahlen in diesen Ländern an. Engels sprach den gleichen Gedanken in seinem Vorwort zur ersten englischen Übersetzung von «Das Kapital» aus: «Eine Revolution ist nur dann gerechtfertigt, wenn die Majorität keine Möglichkeit hat, ihren Willen auf friedlichem Wege zu erreichen.»

Angesichts dieser dokumentierten Feststellungen, die seit langem als tatsächlich von den Historikern der Sozialwissenschaft anerkannt sind, muß die Behauptung, der Kommunismus lehre, daß soziales Unrecht nur durch Gewaltanwendung zu beseitigen ist, irrig genannt werden. Schlimm ist es, wenn eine so irrige Behauptung vom Präsidenten der Vereinigten Staaten gemacht wird, wie es Mr. Truman in seiner Ansprache zur Eröffnung des «Congreß» am 20. Januar 1949 tat. Sie verstärkt die Vorurteile der Massen, stachelt feindselige Gefühle auf und ist in ihrer Wirkung, da sie von solch hoher Stelle kommt, eine Gefahr für den Frieden. Mr. Truman suchte damit seine Gegnerschaft zum Kommunismus auszudrücken, was an sich sein gutes Recht ist. Aber Feststellungen dieser Art – und seine Rede enthielt mehr dergleichen – können ebensowenig zu einer intelligenten und wirksamen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus führen wie etwa die Behauptung, die Psychoanalyse erkläre alles mit der Macht des Geschlechtstriebes, zu einer Auseinandersetzung mit dieser Lehre führen kann.

Gleicherweise irreführende Behauptungen wurden von Mr. John Foster Dulles als einem unserer prominentesten Delegierten in einer bedeutenden Rede vor den Vereinten Nationen am 26. Oktober 1948 gemacht. Nach dem Bericht der United Preß sagte er: «Es besteht ein grundsätzlicher Unterschied zwischen der Verfassung der UNO, die friedlichen Wechsel durch Evolution erstrebt, und dem Kommunismus, der gewaltsamen Wechsel durch Revolution lehrt.» Anscheinend vergaß oder ignorierte Mr. Dulles zweierlei, nämlich: erstens die oben erwähnten klaren Feststellungen der maßgebendsten kommunistischen Führer und zweitens, daß wir Amerikaner selbst Revolution als ein Recht des Volkes betrachten, wenn eine Regierung nicht auf friedlichem Wege den Bedürfnissen und den Forderungen der Majorität nachkommt. Nach dem Wortlaut unserer «Unabhängigkeitserklärung» heißt es: «Sollte jemals eine Regierung dieses Ziel (das Wohl des Volkes, d. Übers.) mißachten, dann hat das Volk das Recht, sie zu ändern oder zu stürzen.» Noch nachdrücklicher heißt es an anderer Stelle: «Es ist nicht nur sein Recht, es ist seine Pflicht, solche Regierung zu stürzen.» Wir sind keineswegs geneigt, unsere Unabhängigkeitserklärung zu widerrufen oder sie als unvereinbar mit den Satzungen der UNO auszulegen. Sie ist ein Teil unseres amerikanischen Kredos.

Mit anderen Worten: als Amerikaner sind wir nicht grundsätzlich gegen Revolution, vielmehr sind wir in gewissen Lagen entschieden dafür. Wäre es anders, so hieße das, die Rechtmäßigkeit der Entstehung unserer eigenen Nation in Frage zu stellen. Wir sollten auch berücksichtigen, daß das Wort Revolution an sich durchaus nicht Gewalttätigkeit bedeutet, sondern auch eine Umwälzung auf friedlichem Wege bezeichnet.

Wenn dies klar ist, dann ist noch der Verdacht zu untersuchen, daß die Russen sich verschworen haben, eine Weltrevolution anzuzetteln oder vielmehr eine gewaltsame Revolution einer Minorität gegen die Völker der Welt. Laßt uns untersuchen, wie weit das geschichtlich begründet ist.

Nachdem Sir Bernard Pares, der bei weitem bedeutendste angelsächsische Historiker Rußlands, eine Vortragsreise in unserm Lande und in Kanada beendet hatte, fragte ich ihn, was nach seiner Meinung der Hauptgrund für die Russenfeindschaft in Nordamerika sei. Unverzüglich lautete seine Antwort: «Die Furcht, daß die russische Regierung eine Weltrevolution anzetteln wird.» Und er fügte hinzu: «Davon ist natürlich kein Gedanke mehr in Rußland.»

Die Antwort von Sir Bernard stellt eine Zusammenfassung wesentlicher geschichtlicher Ereignisse in bezug auf meine Frage dar. Der Wendepunkt in der Entwicklung der Sowjetunion war zweifellos der Ausgang des Machtkampfes zwischen Trotzkij und Stalin gewesen. Hierbei hatte es sich ausschließlich um die Frage gehandelt: Kann sich Sozialismus in einem Lande allein am Leben erhalten? Trotzkij sagte nein. Er hielt das für unmöglich in einem Lande, das, wie Rußland, von kapitalistischen Mächten umgeben war. Die kapitalistischen Länder würden es nicht dulden, weil der Erfolg eines sozialistischen Systems ihr eigenes System gefährden würde. Sie würden mit vereinten militärischen Kräften ausziehen, es zu vernichten.

Dies war die alte «klassische», von Marx übernommene Ansicht, der gelehrt hatte, daß der Sozialismus nur durch eine mehr oder weniger gleichzeitig und zusammen gemachte Anstrengung aller oder der Majorität der führenden Länder errichtet werden könnte. Zu Anfang hatten Lenin und Stalin diese Ansicht geteilt, aber sie wuchsen über sie hinaus. Trotzkij jedoch blieb hartnäckig bei seiner Meinung, daß es eine Vergeudung von Zeit und Energie sei, die Arbeitskraft und die Rohstoffe der Sowjetunion für die Errichtung des Sozialismus in einem einzelnen Lande einzusetzen. Die Anzettelung und Betreibung von Revolutionen in andern Ländern, womöglich mit nachfolgenden Kriegen, hielt er für die allein Erfolg versprechende Politik.

Bald nach dem Ende des Bürger- und Interventionskrieges erkannten Lenin und Stalin, daß sich die Verhältnisse seit Lebzeiten von Marx geändert hatten und daß es durchaus möglich geworden war, Sozialismus in einem einzigen Lande aufzubauen, selbst wenn es von

kapitalistischen Ländern umgeben ist. Lenin starb, bevor die neue Erkenntnis gründlich durchgearbeitet war – die Komplikation lag in dem Gesetz der sogenannten ungleichen Entwicklung des Kapitalismus –, und dies blieb nun dem Gedankenkampf zwischen Stalin und Trotzkij überlassen.

Stalin vertrat den Standpunkt, daß sein Gegner hartnäckig an einer mehr nebensächlichen These von Marx festhielt und dadurch dessen wesentlichem Grundsatz untreu wurde, nach dem es unter veränderten Umständen nötig werden kann, frühere Erkenntnisse zu revidieren. Er verharrte unbeugsam bei seiner Auffassung, Hilfsquellen und Arbeitskräfte der Sowjetunion nicht für Abenteuer im Ausland zu verwenden, sondern für den Aufbau des Sozialismus daheim. Kriege würden diesem Unternehmen nicht helfen, es vielmehr tödlich gefährden. Der Streit war endgültig zugunsten von Stalin entschieden, als sich das Land im Jahre 1928 in den ersten Fünfjahresplan stürzte.

An dieser Stelle ist es sehr wichtig, darauf hinzuweisen, daß Aussprüche von Stalin, die von seiner oben erwähnten Ansicht abweichen, aus der Zeit vor der Annahme des Fünfjahresplanes stammen, das heißt aus der Periode vor der Klärung des neuen Standpunktes. Man liebt es hierzulande, solche frühzeitigen Äußerungen ohne Datumsangabe und ohne Beziehung zu den derzeitigen Verhältnissen zu zitieren, als wenn das Nebensache sei, als ob in den seither verflossenen 20 oder 25 Jahren sich Stalins Denken nicht hätte verändern und fortentwickeln können. Es trifft sich, daß einige von jenen Schreibern, die am häufigsten belieben, solche alten Aussprüche zu zitieren, um neuere in ein falsches Licht zu stellen, selber in ein äußerst falsches Licht kämen, wenn man ihre Schriften von vor 20 oder 25 Jahren zitieren wollte.

Es war der Korrespondent der «London Sunday Times» in Moskau, Alexander Werth, der nach Bericht der «New York Times» vom 24. September 1946 die folgende Frage geradezu an Stalin richtete: «Glauben Sie an die Möglichkeit dauernder freundschaftlicher Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den westlichen Demokratien, trotz ihrer ideologischen Meinungsverschiedenheiten, und auch an friedlichen Wettbewerb zwischen beiden Systemen, wie ihn Wallace* in seiner Ansprache anregte?»

Stalins Antwort: «Ja, ganz entschieden.»

Später wiederholte Stalin diese Versicherung in Interviews gegenüber Elliot Roosevelt, Stassen und andern. Sein Nachfolger, Malenkow, betonte die gleiche Ansicht in einer Ansprache an den Obersten Sowjet in Moskau am 26. April 1954, laut Bericht der «New York Times». Indem er, wie üblich, sein eigenes Wirtschaftssystem als «sozialistisch»

---

* Hier ist die Ansprache gemeint, die der damalige Handelsminister Henry Wallace am 12. September 1946 in Neuyork zugunsten friedlicher Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR hielt, die seine Absetzung verursachte.

bezeichnete, sagte er: «Die Sowjetregierung hielt und hält es für möglich, daß kapitalistische und sozialistische Systeme sehr wohl friedlich nebeneinander bestehen und wirtschaftlich miteinander wetteifern können.» Er fügte dem jedoch die folgende Feststellung zu: Jedermann weiß, daß infolge von zwei Weltkriegen heute mehr als ein Drittel der Menschheit sich für immer vom Kapitalismus abgewendet hat.»

In diesem Zusammenhang ist die Feststellung interessant, die der sowjetische Schriftsteller A. Leontiev im Mai 1948 in der «Prawda» machte. Er ließ sich über die weitverbreitete Meinung aus, daß von Propagandisten nicht nur in den kapitalistischen Ländern, sondern auch in der Sowjetunion behauptet würde, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion unmöglich friedlich zusammen in derselben Welt leben können und fuhr dann fort: «Jene amerikanischen Propagandisten, die behaupten, friedliche Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten sei unmöglich, sind uns nur zu gut bekannt ... Wer aber kann mir den Namen eines einzigen Sowjetpropagandisten nennen, der behauptet, es sei für die Sowjetunion unmöglich, mit den Vereinigten Staaten in Frieden zu leben? Nicht eine Seele in der Welt kann mir solch einen Mann nennen, aus dem einfachen Grunde, weil es solche Leute in der Sowjetunion nicht gibt.»

Die Lage bei uns ist durch eine seltsame Verwirrung der Geister gekennzeichnet. Während Sowjetführer, wie Stalin und Malenkow, ihren Anhängern in klarsten und nachdrücklichsten Worten die Möglichkeit friedlichen Zusammenlebens der beiden Systeme versichern, wird bei uns die öffentliche Meinung nach Aussprüchen geformt, die sowjetische Führer vor einem Vierteljahrhundert machten. Infolgedessen verhärtet sich bei uns die Ansicht, daß die beiden Systeme nicht friedlich miteinander auskommen können, weil die Sowjetführer nicht an diese Möglichkeit glauben! Ein zeitliches Nachhinken soll augenscheinlich eine versöhnliche Begegnung der Geister verhindern.

Schreibt man den russischen Führern einen gewollt unversöhnlichen bösen Willen zu und besteht, was sie auch sagen mögen, auf der Vermutung, sie hegen angriffskriegerische Absichten, dann macht es keinen Unterschied, was sie auch sagen mögen. Es hat sich dadurch eine Methode herausgebildet, die es fast als Sport betreibt, in allen Schriftstücken, Handlungen und Vorschlägen der andern Seite, auch wenn sie offensichtlich hoffnungsvolle Möglichkeiten zur Verständigung bieten, nach versteckten, bösartigen Beweggründen zu suchen. Unfreundlich auszulegende Reaktionen von seiten des Gegners werden weidlich ausgeschlachtet und als sein wahres Gesicht bezeichnet. Nach dieser Methode brauchte Stalin nur zu sagen, die Sowjetunion habe eine starke Industrie zur Sicherung des Landes auch in militärischer Beziehung nötig, um ihm dies als eine Art Kriegserklärung auszulegen. Dagegen, wenn die Sowjetdelegation der UNO eine allseitige Herresverminderung um einen Drittel vorschlägt, dann behandelt man nach glei-

cher Methode diesen Vorschlag als nicht wert, ernstgenommen zu werden.

Wenn wir auf diese Weise fortfahren mit den Russen zu verkehren, dann besteht wenig Hoffnung, zu friedlichen Vereinbarungen zu gelangen . . .

Nach allem stellt sich die ideologische Bilanz folgendermaßen dar:

Wenn der Nazismus und der Faschismus ihren Grundsätzen treu bleiben, dann ist Krieg ihr Ziel. Wenn ein Sowjetregime seinen Grundsätzen treu bleibt, dann ist Frieden sein Ziel.

Natürlich bleibt immer die Möglichkeit, daß jedes System seinen Grundsätzen zuwider handelt. Daher ist beständige Wachsamkeit nötig. Wachsamkeit jedoch kann in reine Hysterie ausarten, wenn sie nicht auf Wissen und stetes Studium gegründet ist.

John Somerville

Die „Apartheit" in Südafrika

Wohin des Weges, Südafrika?

Malan hat das Wort «Apartheit» erfunden und eingeführt. Ein neues Wort für eine alte Sache. Es ist für die Afrikaner* ein Wort voller Verheißung. Ihre Antwort auf dieses verheißungsvolle Wort hat Malan 1948 an die Regierung gebracht. Für die Eingeborenen, Farbige und Inder, ist es ein Wort voller Drohung, ein Fluchwort. In den Niederlanden haben wir das Gefühl, daß mit diesem Wort und mit der Sache, die durch es bezeichnet wird, etwas nicht in Ordnung ist, und es könnte sich wohl einmal herausstellen, daß unser Gefühl uns in diesem Fall nicht getrogen hat. Die Afrikaner sagen aber, daß wir in Vorurteilen befangen seien, die das Resultat der französisch-angelsächsischen Aufklärung und der lügenhaften kommunistischen Propaganda seien. Sie wissen nur alle zu gut, daß sie die Welt gegen sich haben. Für die meisten unter ihnen jedoch ist dies kein Grund, sich selber zu fragen, ob ihre «Apartheitsführung» eine verantwortliche Führung sei. Die Kritik vom Ausland her irritiert sie, und daß Holland, mit dem sie sich durch historische und geistige Bande verbunden wissen, diese Kritik auch ausübt, verdrießt sie. Die Afrikaner sagen: «Nein, die Welt weiß es nicht! Wir wissen es! Eine Handvoll Weiße in einem schwarzen Meer. Wie werden wir jemals unsern Gottesauftrag, im südlichsten Teil des dunkeln Afrikas die Vertreter der Kultur der Weißen und der Christenheit zu sein, erfüllen können, wenn wir uns nicht als weißes und christliches Volk aufführen, wenn wir unsere

* Das sind die Weißen in Südafrika.